

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

28. Juni – 04. Juli 2025

Das Misstrauensvotum der *Parti socialiste* um die Regierung Bayrou zu Fall zu bringen ist gescheitert. Der Misstrauensantrag, der nach dem Stillstand beim Rentenkonklave gestellt wurde, wurde am Dienstag, dem 1. Juli, in der Nationalversammlung klar abgelehnt. Nur 189 Abgeordnete stimmten dafür, weit entfernt von den erforderlichen 289 Stimmen. Die Stimmen konzentrierten sich auf die Linke, während sich der rechtspopulistische *Rassemblement National* und die *Union des Droites pour la République* der Stimme enthielten. Bereits in den Tagen zuvor war abzusehen, dass das Misstrauensvotum scheitern würde, da der *Rassemblement National* klar signalisiert hatte, dass es nicht dafür stimmen werde.

Die französische Regierung sucht weiterhin nach Einsparungen in Höhe von 40 Milliarden Euro für den Haushaltsentwurf 2026. Wenige Tage vor der geplanten Vorstellung des Entwurfs durch Premierminister François Bayrou am 15. Juli, äußerte sich Amélie de Montchalin, Frankreichs Ministerin für öffentliche Finanzen, in einem Interview zu mehreren Optionen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, die Indexierung der Renten auszusetzen. Diese hätte in den Jahren 2024 und 2025 Kosten in Höhe von mehr als 20 Milliarden Euro verursacht. Andere Ideen betreffen die Zuweisungen an die öffentlichen Körperschaften, verschiedene Sozialleistungen oder die Einkommensteuer. Bei dieser Option würde der Steuersatz von rund 18 Millionen Franzosen automatisch erhöht werden. Zudem würden mehrere Hunderttausend, die bisher nicht besteuert wurden, in die erste Steuerklasse fallen. Zugleich schloss die Ministerin eine „allgemeine Steuererhöhung, die die Mittelschicht undifferenziert belasten würde“, aus. „Ich möchte keine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze, ich schlage sie nicht vor und ich lege sie auch nicht auf den Tisch“, erklärte sie.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat mit Wladimir Putin telefoniert. Wie der Élysée-Palast mitteilte, unterhielten sich die beiden Staatschefs am Dienstag, dem 1. Juli, mehr als zwei Stunden lang. Themen waren das iranische Atomprogramm und die Ukraine. Emmanuel Macron betonte demnach „die unerschütterliche Unterstützung Frankreichs für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“. Macron rief dazu auf, „so schnell wie möglich einen Waffenstillstand zu erreichen und Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über eine solide und dauerhafte Lösung des Konflikts aufzunehmen“. Der russische Präsident warnte seinen französischen Amtskollegen, dass ein Friedensabkommen für die Ukraine „umfassend und langfristig sein, die Beseitigung der tieferen Ursachen der ukrainischen Krise vorsehen und sich auf neue territoriale Realitäten stützen“ müsse. Der Kreml betonte, dass Russland die annektierten Provinzen nicht aufgeben werde. Für Wladimir Putin ist der Ukraine-Konflikt „eine direkte Folge der Politik der westlichen Staaten“, die „jahrelang die Sicherheitsinteressen Russlands ignoriert“ und einen „antirussischen Brückenkopf in der Ukraine“ geschaffen haben. Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Positionen vereinbarten die beiden Politiker sich weiterhin über den Konflikt in der Ukraine „auszutauschen“, wie der Élysée-Palast erklärte.

Emmanuel Macron hat sich erneut mit dem iranischen Präsidenten am Telefon ausgetauscht. Nach einem ersten Austausch am 22. Juni fand am Sonntag, dem 29. Juni, ein weiterer Austausch zwischen Emmanuel Macron und seinem iranischen Amtskollegen Massud Peseschkian statt. Der französische Präsident forderte dabei erneut die Freilassung der beiden Franzosen Cécile Kohler und Jacques Paris, die als Lehrer tätig waren, aber wegen „Spionage für den Mossad“ angeklagt wurden und seit drei Jahren inhaftiert sind. Darüber hinaus forderte er die Einhaltung des Waffenstillstands mit Israel, um zur Wiederherstellung des Friedens in der Region beizutragen. Fünf Tage nach dem Waffenstillstand zwischen Israel und dem Iran forderte der französische Staatschef Massud Peseschkian auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, „um die Fragen der ballistischen und nuklearen Aktivitäten zu regeln“. Er betonte die Notwendigkeit, den Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen aufrechtzuerhalten, und forderte die IAEA (Internationale Atomenergieorganisation) auf, ihre Arbeit im Iran schnellstmöglich wieder aufzunehmen, um die nötige Transparenz zu gewährleisten. „Ich werde mich in den nächsten Tagen weiter dafür einsetzen, dass diese Ziele erreicht werden“, schloss Emmanuel Macron, der bereits am 22. Juni mit dem iranischen Präsidenten telefoniert hatte.

Der Repräsentative Rat der Jüdischen Institutionen Frankreichs (CRIF) hat am Donnerstag, dem 3. Juli, sein 39. jährliches Abendessen in Paris veranstaltet. Premierminister François Bayrou hielt eine Rede, in der er von einer „Intimität“ zwischen der jüdischen und der französischen Seele sprach. Zudem machte er deutlich, dass es für Frankreich nur dann einen langfristigen Frieden im Nahen Osten geben kann, wenn es eine Zwei-Staaten-Lösung, einen Waffenstillstand, eine absolute Verurteilung des 7. Oktobers und die Freilassung aller Geiseln gibt. Zu dem traditionellen Abendessen, das zahlreiche Vertreter aus Politik, Verbänden und Glaubensgemeinschaften zusammenbringt, kam ebenfalls Innenminister Bruno Retailleau. Ein großes Thema war auch die zahlreichen antisemitischen Vorfälle in Frankreich: nach Angaben des Innenministeriums wurden im Jahr 2024 insgesamt 1.570 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Bereits im ersten Quartal 2025 wurden 280 solcher Taten registriert. Erst kürzlich wurde am 6. Juni in Neuilly-sur-Seine ein Rabbiner mit einem Stuhl attackiert – nur wenige Tage nach einem ähnlichen Angriff in der Vorwoche in Deauville.

DIE ZAHL DER WOCHE

7,8 Milliarden Euro

Laut einer Studie von Ernest & Young haben die französischen Start-ups im Jahr 2024 deutlich weniger Kapital aufgenommen als in den Vorjahren. Mit einem Gesamtvolumen von **7,8 Milliarden Euro** und damit weit unter dem Rekordwert von 13,5 Milliarden Euro aus dem Jahr 2022 sank die Summe der Kapitalerhebungen erneut. Bereits im Jahr 2023 sank diese auf 8,3 Milliarden Euro. Auch in den ersten Monaten des Jahres 2025 ist kein Aufschwung in Sicht: Die Investitionen sind in den ersten fünf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 30 % zurückgegangen. In den vergangenen Jahren hat Paris versucht, sich als einer der zentralen Standorte der globalen Tech-Branche zu etablieren. Dazu trägt unter anderem die Station F bei, der größte Start-up-Campus weltweit, der Xavier Niel gehört, der auch im Aufsichtsrat der Le Monde-Gruppe sitzt. Ebenso spielt die VivaTech eine bedeutende Rolle, die laut Mitbegründer Maurice Lévy (Publicis) als größte Tech-Veranstaltung gilt. Die Auflösung der Nationalversammlung 2024 sowie die Möglichkeit einer erneuten Auflösung in den kommenden Monaten verunsichern die Investoren weiterhin. Hinzu kommen globale Herausforderungen wie der Krieg im Nahen Osten, die technologischen Spannungen zwischen den USA und China sowie Unsicherheiten bei den Handelszöllen. Diese Faktoren erschweren die Prognose und führen zu einer vorsichtigen, abwartenden Haltung bei den Kapitalgebern.

3				
0	8		4	7
5	2		6	5
7	4	3	1	2
9	8		9	
	2	0	1	6

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Xavier Girre, der ehemalige Finanzchef des französischen Stromversorgers Électricité de France (EDF), der vollständig im Besitz des französischen Staates ist, hat zum 1. Juli 2025 die Führung von Suez übernommen. Suez ist ein multinationales französisches Unternehmen, das im Bereich Wasser- und Abfallmanagement tätig ist und international agiert. Bei EDF war Girre zuvor zehn Jahre lang tätig. Dort befasste er sich mit zentralen finanziellen und buchhalterischen Herausforderungen, wie etwa der Wiederaufnahme des Atomprogramms, der Verlängerung bestehender Kraftwerke, Fragen zur Strompreisgestaltung und der internationalen Expansion. Dort fungierte er auch als enger Vertrauter zweier aufeinanderfolgender Präsidenten: Jean-Bernard Lévy und Luc Rémont, der im Frühjahr von Bernard Fontana abgelöst wurde.